

Sachdokumentation:

Signatur: DS 962

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/962



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

FÜR MEHR STEUERGERECHTIGKEIT

+++ Antrag der Geschäftsleitung an die Delegiertenversammlung +++

Der soziale Ausgleich ist ein konstituierendes Element der Schweiz. «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen», steht in der Bundesverfassung. Die moderne Demokratie gründet deshalb nicht nur auf dem Prinzip der Freiheit (für die Starken), sondern ebenso auf dem Prinzip der Gleichheit und der Solidarität. Eine Zukunft hat die Schweiz als moderne Demokratie nur, wenn Einkommen, Vermögen und Steuerbelastung wieder gerechter verteilt werden.

Das Steuerdumping hat auch international verheerende Folgen und heizt Migration, Korruption und Konflikte an. Entwicklungsländer verlieren gemäss Internationalem Währungsfonds (IWF) wegen der aggressiven Steuervermeidung internationaler Konzerne jährlich über 200 Milliarden Dollar. Das ist Geld, das in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Arbeitsplätze und sozialen Frieden investiert werden könnte. Mit ihrer aggressiven Tiefsteuerpolitik für multinationale Konzerne ist die Schweiz nach wie vor ein starker Magnet für solche unlauteren Finanzflüsse. Die Tiefsteuerpolitik der Schweiz verstärkt somit nicht nur die Ungleichheit im Inland, sondern ist auch ein Treiber der globalen Ungleichheit.

Die Delegiertenversammlung der Grünen beschliesst folgende Eckpunkte für mehr Steuergerechtigkeit:

- 1) **Die Steuervorlage 17 muss sich an dem in der Verfassung garantierten Prinzip der «Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» orientieren.** Die Grünen setzen sich gegen eine Verschiebung der Steuerlasten von Kapitalerträgen auf Arbeitseinkommen ein und fordern einen Mindeststeuersatz für Unternehmensgewinne. Unter dem Strich darf die Abschaffung der international geächteten Steuerprivilegien für kantonale Statusgesellschaften nicht zu einer Minderung der Steuererträge bei Bund, Kantonen und Gemeinden und damit zu einem Abbau des Service Public führen. Allfällige Ertragsverluste sollen durch eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen (Dividenden, Kapitalgewinne, Einschränkung der Nicht-Besteuerung von Kapitaleinlagen) ausgeglichen werden.
- 2) **Das Engagement gegen Steuerbetrug und aggressive Steuervermeidung muss weltweit intensiviert werden.** Die Grünen Schweiz setzen ihr Engagement für globale Steuergerechtigkeit mit den Europäischen Grünen und den Global Green zusammen unvermindert fort. Neben harmonisierten Gewinnsteuersätzen und mehr Transparenz wollen wir internationale Spielregeln gegen Geldwäscherei und das grenzüberschreitende Verschieben von Gewinnen durch multinationale Konzerne («profit shifting») durchsetzen.
- 3) **Steuergerechtigkeit muss auch im Zeitalter der digitalen Wirtschaft umgesetzt werden.** Die Grünen setzen sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und einer Besteuerung des Gewinns für international tätige Internet-Konzerne am Ort der Wertschöpfung auf der Basis der dort geleisteten Arbeit oder des dort erzielten Umsatzes ein.